

Berthold Huber
Erster Vorsitzender der IG Metall



Aktionstag in Braunschweig
24. 02. 2011

Sperrfrist Redebeginn
Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ihr alle seid heute Teil einer großen Bewegung, für unser Anliegen „gleiche Arbeit, gleiches Geld, Leiharbeit fair gestalten“.

Wir wollen deutlich machen:

Wir fordern Arbeit, sicher und fair!

Sonst ruht die Arbeit, und wir legen uns quer!

Wem sagen wir das?

Wir haben zwei Stoßrichtungen:

Da sind zuerst alle Arbeitgeber. Sie wollen wieder einmal die Gunst der Stunde nutzen, um mit möglichst billiger Arbeit möglichst lange Sonderprofite zu machen.

Die Beschäftigten der Metallindustrie haben viele Monate lang zurückgesteckt, damit nach den Tiefschlägen durch die Finanzmarktkrise jetzt überhaupt wieder Geschäfte gemacht werden können.

Jetzt, in den Zeiten des Aufschwungs, wehren wir uns dagegen, die Arbeitswelt durch eine neue Flut von Leiharbeit und prekärer Beschäftigung für alle schlechter zu machen.

Mehr als zwei Drittel der Unternehmen setzen auf Leiharbeit, statt neu einzustellen. Leiharbeit und sachgrundlose Befristungen sind schon längst nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel.

Die jüngste Befragung unserer Betriebsräte bestätigt leider:
Dieser Holzweg ist bei den Arbeitgebern noch beliebter geworden.
Nicht einmal ein Fünftel des Beschäftigungszuwachses in der Metallindustrie geht auf das Konto normaler Arbeitsverhältnisse.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
das ist schon für die Betroffenen eine bedrückende Erfahrung, die uns zur Solidarität anspornt.

Das ist aber auch im Hinblick auf die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschland ein Sabotagekurs. Denn mit prekärer Beschäftigung kann man vielleicht für eine kurze Zeit den Kostenwettlauf gewinnen, aber im Innovationswettbewerb dauerhaft verlieren.

Wir sagen es den Arbeitgebern ganz deutlich:
Stoppt diesen unsinnigen Dumpingwettlauf zu Lasten der Menschen.

Die zweite Stoßrichtung unserer Forderungen ist die Bundesregierung. Wochenlang hat sie im Vermittlungsausschuss zu den Hartz IV-Gesetzen eine sinnvolle Regulierung der Leiharbeit und die Absicherung des Niedriglohnssektors durch existenzsichernde Mindestlöhne verweigert.

Inzwischen steht das Ergebnis fest:

Equal Pay für Leiharbeit, das soll es bei Schwarz-Gelb nicht geben.

Abgerungen werden konnte ihnen lediglich mit Wirkung zum 1. Mai der Mindestlohn für Zeitarbeiter und für das Bewachungsgewerbe.

Eigentlich eine Selbstverständlichkeit, beschämend, dass man die Regierung dafür acht Wochen bedrängen musste und gleicher Lohn für gleiche Arbeit trotzdem noch verweigert wird.

Tatenlos wird zugeschaut, wie neben der Leiharbeit eine neue Krankheit den Arbeitsmarkt infiziert. Ich meine hier die rapide Zunahme der Werk- und Dienstverträge, wie sie in fast 40 Prozent aller Betriebe inzwischen üblich geworden sind.

Ist das die Zukunft der Arbeitswelt, die Schwarz-Gelb für sinnvoll hält?

Die Bürgerinnen und Bürger wollen das anders.

Wir haben über Infratest eine Umfrage machen lassen, die daran keinen Zweifel lässt:

Vier von fünf Befragten wollen eine gesetzliche Gleichstellung von Leiharbeitern. Und die Anhänger der Regierungsparteien sehen das fast genauso wie die Wähler von Oppositionsparteien.

Die Gewerkschaften und IG Metall stehen mit dieser Aufforderung also nicht allein.

Handeln Sie, Frau von der Leyen, Frau Merkel!

Es ist ökonomischer Unsinn, wenn der Steuerzahler jedes Jahr allein 11 Milliarden aufbringen muss, um Armutslöhne aufzustocken.

Diese Praxis ist auch moralisch fragwürdig.

Es darf in der Arbeitswelt von heute kein Apartheidsystem geben.

Nichts anderes ist es, wenn gleiche Arbeit ungleich bezahlt wird.

Ich nenne einen weiteren Grund, warum wir uns diese Praxis nicht leisten dürfen:

Es ist die Rolle der deutschen Wirtschaft im internationalen Netzwerk arbeitsteiliger Produktion. Unser Vorteil beruht nicht auf einem Reichtum an Bodenschätzen.

Der Vorteil der deutschen Wirtschaft liegt in der Kreativität und in der Innovationskraft besonders gut qualifizierter Fachkräfte.

Es ist und bleibt töricht, diese Fachkräfte durch Dumping-Strategien der Arbeitgeber und durch das Nichtstun der Regierungsparteien unter Druck zu halten. Und es ist ein Rückschritt für die ganze Gesellschaft, immer größere Segmente der Arbeitswelt mit prekärer Beschäftigung zu füllen.

Wir brauchen qualifizierte, motivierte und selbstbewusste Menschen in guten Arbeitsverhältnissen.

Viel Spaß für jeden Dummkopf, der trotzdem mit Werkverträgen den Kampf um die besten Köpfe in Deutschland gewinnen will.

Gut qualifizierte Auszubildende, die sind der Treibsatz für unsere wirtschaftliche Zukunft. Denn es ist ein Armutszeugnis für den Fortschrittswillen der deutschen Wirtschaft, wenn es nach der Abschlussprüfung bestenfalls mit einem befristeten Beschäftigungsverhältnis weitergeht.

Wenn wir morgen in Deutschland gut leben wollen, dann müssen wir jetzt dafür sorgen, dass wir in diesem Land gut arbeiten können.

Leiharbeit, wie sie heute aus dem Ruder gelaufen ist, die passt zur guten Arbeit wie Mist und Jauche zum guten Essen und Trinken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir müssen so schnell es geht, die verloren gegangene Ordnung am Arbeitsmarkt wieder herstellen.

Die prekäre Beschäftigung von heute ist das Gift für die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft von morgen, und sozialer Sprengstoff allemal.

Wir haben zu diesem Aktionstag aufgerufen, um dies als Signal an Politik und Arbeitgeber zu senden.

Leiharbeit, wenn sie gleichbezahlt wird, soll es weiter geben, um Flexibilität beim Abarbeiten kurzfristiger Aufträge zu gewinnen. Das ist sinnvoll, dazu stehen wir.

Doch was jetzt unbedingt beendet werden muss, ist der Einsatz von Leiharbeit für kompromisslose Lohndumpingstrategien. Sie haben drei negative Konsequenzen:

Erstens die Belegschaften werden mit Leiharbeit, Werkverträgen und Befristung gespalten. Die eine Arbeitnehmergruppe wird diskriminiert, die andere unter Druck gesetzt.

Zweitens: Mit Leiharbeit, Werkverträgen und Befristungen wird nachweislich versucht, die Schutzfunktion von Tarifverträgen zu unterlaufen und betriebliche Mitbestimmung zu umgehen. Im System von „hire and fire“ bleiben Tür und Tor geöffnet, während Festeinstellungen zur exklusiven Ausnahme werden und der Kündigungsschutz auf diese Weise keine Bedeutung mehr hätte.

Drittens steht das ganze System der tarifvertraglichen Regulierung von Arbeitsbedingungen zur Disposition, wenn die unheilige Allianz von Leiharbeit, Werkverträgen und Befristungen gebündelt als Instrument des Lohndumpings eingesetzt werden.

Wer glaubt, wir malen hier Gespenster an die Wand, kann keine Zeitung lesen.

Dieter Hundt, der Präsident der Bundesvereinigung deutscher Arbeitgeber, gab sich gar nicht erst die Mühe, durch wohlfeile Worte die Lohndumpingstrategie zu tarnen.

Ein gesetzlich verordnetes equal pay lehnt er entschieden ab und mahnt:

„Die großen Unternehmen werden Wege finden, um durch Auswechseln der Zeitarbeitnehmer mit dem Problem fertig zu werden.“

Es liegt noch nicht mal ein Gesetz auf dem Tisch, da droht der oberste Arbeitgeberrepräsentant damit, es sowieso mit neuen Tricks zu unterlaufen. Herr Hundt spricht hier keineswegs nur für die Ecke der Schmuddel-Unternehmer, denen man ohnehin jede Sauerei zutraut.

Er ist bislang stets auch das Sprachrohr der Mehrheit der seriösen tarifgebundenen Unternehmen gewesen.

Wenn also Praxis werden soll, was er uns hier androht, dann bekommen wir nicht nur eine andere Arbeitswelt, sondern auch eine andere Republik.

Wer diesen Wind säht, der provoziert einen Sturm des Widerstands.

Wir streiten für eine Arbeitswelt, die prinzipiell von Respekt und Fairnis geprägt wird.

Wir verlangen von der Politik, dass sie unwürdige und prekäre Arbeit verbietet statt begünstigt.

Wir verlangen von den Arbeitgebern eine faire Regelung für ein Mehr an Flexibilität statt schmutziger Tricks für ein Mehr an Profit.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind unsere Anliegen überall, von A wie Aalen, über B wie hier in Braunschweig, bis Z wie Zwickau. In ganz Deutschland zeigen wir es mit den heutigen Aktionen.

Wir wollen: Gleiches Geld für gleiche Arbeit.

Wir wollen, dass Leiharbeit fair gestaltet wird.

Wir lassen es uns nicht gefallen, dass sich Arbeitgeber auf Kosten prekärer Arbeit die Taschen füllen und die sozialen Lasten an die Steuerzahler weiter reichen.

Und wir lassen es uns nicht gefallen, wenn die Politik beim Aufspalten der Arbeitswelt Schmiere steht oder sogar noch Hilfsdienste leistet.

Wir verlangen: Stoppt den Missbrauch mit der Not der Arbeitssuchenden. Wir fordern: Schluss mit dem Einsacken von Extraprofiten durch den Missbrauch von Leiharbeit.

Handelt jetzt! Das bleibt mein Appell an Bundesregierung und Arbeitgeber.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
die IG Metall hat zur Verteidigung tariflich gesicherter Arbeitsverhältnisse nicht nur die besseren Argumente.

Die IG Metall hat auch die Mitstreiter, die notwendig sind, um gute Argumente wirkungsmächtig zu machen.

Ihr habt durch Eure Teilnahme das einmal mehr unterstrichen.
Ich danke Euch dafür.